

Vaterschaftsfeststellung und -anfechtung

Abstammungsrecht für die gerichtliche,
anwaltliche und behördliche Praxis

Von

Klaus-Jürgen Grün

Richter am Oberlandesgericht Frankfurt am Main

2., neu bearbeitete und erweiterte Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter

[ESV.info/978 3 503 12610 1](http://ESV.info/9783503126101)

1. Auflage 2003

2. Auflage 2010

ISBN 978 3 503 12610 1

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2010

www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Satz: multitext, Berlin

Druck: Danuvia Druckhaus, Neuburg/Donau

Vorwort

Das Abstammungsrecht dient dazu, den abstammungsrechtlichen Status einer Person auf eine feste und sicher feststellbare Grundlage zu stellen und damit möglichst auf Dauer vor Anzweiflungen zu sichern. Die konkrete Ausgestaltung des Abstammungsrechts hat seit Inkrafttreten des BGB immer wieder grundlegende Wandlungen erfahren, zum einen als Folge der veränderten gesellschaftlichen Anschauungen – insbesondere zur nichtehelichen Abstammung –, zum anderen aber als Reaktion auf die Entwicklung der modernen Fortpflanzungsmedizin.

Die Bedeutung des Abstammungsrechts war bei den weitreichenden Folgen statusrechtlicher Entscheidungen nie größer als heute. Dieser Bedeutung wird die beratende und gerichtliche Praxis nicht immer gerecht und auch die juristische Literatur widmet sich nur recht vereinzelt abstammungsrechtlichen Fragen. Dabei kann die vermeintliche Einfachheit des Abstammungsrechts zu Fehlern verleiten, die gerade wegen der Tragweite von Statusentscheidungen weitreichende und schadensträchtige Folgen haben können.

Seit dem Erscheinen der ersten Auflage im Jahr 2003 haben verschiedene Gesetzesänderungen das materiell-rechtliche Abstammungsrecht weiter reformiert und insbesondere im Bereich der Vaterschaftsanfechtung sowie mit der Neuschaffung einer statusneutralen Vaterschaftsklärung maßgebliche Neuregelungen gebracht. Das gerichtliche Abstammungsverfahren wurde mit dem zum 1. 9. 2009 in Kraft getretenen FamFG völlig umgestaltet. Dies machte eine völlige Neubearbeitung erforderlich.

Der vorliegende Beitrag versucht, sowohl dem nur hin und wieder mit abstammungsrechtlichen Fragen befassten Leser eine Orientierungshilfe zu geben als auch dem in Abstammungssachen erfahrenen Nutzer Ansätze für eine vertiefende Behandlung zu bieten. Dabei werfen gerade die verfahrensrechtlichen Neuregelungen auch für den erfahrenen Abstammungsrechtler Fragen auf, zu deren Beantwortung dieses Buch beitragen soll, wofür die jeweilige Behandlung im verfahrensrechtlichen Kontext und die Vielzahl von Verweisungen auf aktuelle Rechtsprechung und Literatur hilfreich sein dürften.

Am Anfang des Buches findet sich die Darstellung der gesetzlichen Regelungen der Mutterschaft und der Vaterschaftszuordnung. Nach einem umfassenden Kapitel zur Vaterschaftsanerkennung folgen die Themen, die den Schwerpunkt des Beitrags bilden: die gerichtlichen Verfahren zur Feststellung und zur Anfechtung der Vaterschaft einschließlich der damit einhergehenden zahlreichen Nebenfragen – etwa die Verfahrenskostenhilfe oder den einstweiligen Rechtsschutz betreffend. Es folgt dann eine Darstellung des seit 2008 zur Verfügung gestellten Verfahrens zur statusneutralen Klärung der Vaterschaft (§ 1598a BGB). Da im Abstammungsverfahren letztlich die Tatsachenfrage der genetischen Abstammung ausschlaggebend

Vorwort

ist, bilden Ausführungen zur Tatsachenermittlung – insbesondere zum Abstammungsgutachten und seinem Beweiswert – einen weiteren Schwerpunkt. Behandelt werden auch die mit der Durchsetzung der notwendigen Untersuchung und mit der Verweigerung der Mitwirkung hieran verbundenen Probleme. Abgerundet wird der Beitrag durch Ausführungen zu den abstammungsrechtlichen Übergangsvorschriften und zum Internationalen Privatrecht.

Das Buch behandelt das Abstammungsrecht aus der Sicht des seit 20 Jahren im Familienrecht tätigen Praktikers und berücksichtigt die bis April 2010 veröffentlichte Rechtsprechung und Literatur.

Frankfurt am Main, im Juni 2010

Klaus-Jürgen Grün

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	17
Vorbemerkungen	21

KAPITEL I

Die gesetzliche Regelung der Mutterschaft

1.	Definitive Mutterschaft	28
2.	Keine Anfechtbarkeit der Mutterschaft	29
3.	Gerichtliche Klärung der genetischen Mutterschaft	30
3.1	Keine Klärung mit Statuswirkung	30
3.2	Klärung nach § 1598a BGB	30
3.3	Feststellungsverfahren	31
4.	Mutterschaft bei anonymen Geburt	32

KAPITEL II

Die gesetzliche Vaterschaftszuordnung

1.	Ehebedingte Zuordnung	35
1.1	Verheiratete Mutter	35
1.1.1	Geburt	36
1.1.2	Ehe	36
1.1.3	Sonderfall: Geburt nach Anhängigkeit der Scheidung	37
1.2	Verheiratet gewesene Mutter	38
1.2.1	Auflösung der Ehe durch Scheidung oder Eheaufhebung	38
1.2.2	Auflösung der Ehe durch Tod des Ehemannes	38
1.2.3	Auflösung der Ehe durch Tod der Ehefrau	40
2.	Nichteheliche Zuordnung	40

KAPITEL III

Anerkennung der Vaterschaft

1.	Anerkennungserklärung	41
1.1	Form	42
1.2	Bedingungs- und befristungsfeindlich	43
1.3	Keine rechtsgeschäftliche Bevollmächtigung	44
1.4	Beschränkt geschäftsfähige Personen	44
1.5	Geschäftsunfähige Personen	45
1.6	Unter Betreuung stehende Personen	45
1.7	Pränatale Anerkennung	46
1.8	Tod des Vaters oder der Mutter	47

	Seite	
1.9	Geschlechtsumwandlung des Vaters	47
1.10	Widerrufsrecht	48
2.	Zustimmungserklärung	49
2.1	Grundsatz: Zustimmung der Mutter	49
2.2	Ausnahmsweise Zustimmung des Kindes	50
2.3	Anforderungen an die Zustimmungserklärung	51
3.	Benachrichtigungspflicht	52
4.	Unwirksamkeit und Heilung	53
4.1	Unwirksamkeitsgründe	53
4.2	Heilung	54
4.3	Gerichtliche Klärung der Wirksamkeit	55
5.	Anerkennung mit Statuswechsel (§ 1599 Abs. 2 BGB)	56
5.1	Geburt nach Anhängigkeit des Scheidungsantrags	57
5.2	Anerkennung durch einen Dritten	58
5.3	Zustimmungen	58
5.3.1	Kindesmutter; ausnahmsweise Kind	58
5.3.2	Ehemann der Kindesmutter	58
5.4	Scheidung	59
5.5	Jahresfrist	59
6.	Sperr- und Rechtswirkungen	60
6.1	Ausschließlichkeitsprinzip – Verbot der Doppelvaterschaft	60
6.2	Keine Rechtswirkungen vor Eintritt der Wirksamkeit	61
6.3	Rechtswirkungen der Anerkennung	62
6.4	Wirkungen im Fall des § 1599 Abs. 2 BGB	62

KAPITEL IV
Feststellung der Vaterschaft

1.	Verfahrensordnung	64
1.1	Neuregelung durch FamFG	64
1.2	Übergangsregelung des Art. 111 FGG-RG	64
2.	Allgemeine Verfahrensgrundsätze	64
3.	Verfahrensvoraussetzungen	66
3.1	Fehlende Vaterschaftszuordnung	66
3.2	Zuständigkeit	66
3.2.1	Internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte	66
3.2.2	Sachliche Zuständigkeit	68
3.2.3	Örtliche Zuständigkeit	69
3.3	Antrag	70
3.4	Antragsbefugnis	71
3.5	Feststellungsinteresse	73
3.5.1	Keine rechtsfolgenlose Vaterschaftsfeststellung	73
3.5.2	„Schwebende“ Vaterschaftsanerkennung	73
3.6	Beteiligte des Verfahrens	75
3.6.1	Antragsteller	75
3.6.2	Der Mann, dessen Feststellung als Vater beantragt ist	75

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
3.6.3	Beteiligte nach § 172 Abs. 1 FamFG	75
3.6.4	Verfahrensbeistand	75
3.6.5	Jugendamt	76
3.6.6	Weitere Beteiligte	77
3.6.7	Keine Beiladung mehr	77
3.7	Beteiligtenfähigkeit	78
3.8	Verfahrensfähigkeit	79
3.9	Vertretung des Kindes	81
3.9.1	Keine Entziehung der Vertretungsbefugnis	81
3.9.2	Maßnahmen nach § 1666 BGB	81
3.9.3	Kein gesetzlicher Ausschluss der Vertretungsbefugnis	82
3.9.4	Sonderfall: Beistandschaft i.S.v. § 1712 BGB	83
3.10	Streitverkündung weggefallen	83
3.11	Nebenintervention weggefallen	84
3.12	Antragsverbindung/Widerantrag	85
3.13	Kostenentscheidung	85
3.14	Verfahrenswert	86
3.15	Tod eines Beteiligten im laufenden Verfahren	87
3.16	Entscheidungsform	87
3.17	Rechtsmittel	88
3.18	Restitution	88
4.	Kindesunterhalt bei Feststellung der Vaterschaft	89
4.1	Ab 1. 9. 2009 eingeleitete Verfahren	89
4.2	Vor 1. 9. 2009 eingeleitete Verfahren	91
4.3	Bis zur Höhe des Mindestunterhalts	92
4.4	Keine materiell-rechtlichen Einwendungen	93
4.5	Absehen vom Verfahren nach § 237 FamFG	94
5.	Einstweiliger Rechtsschutz	94
5.1	Nach Anhängigkeit eines Vaterschaftsfeststellungsverfahrens	95
5.2	Vor Anhängigkeit eines Vaterschaftsfeststellungsverfahrens	98
6.	Verfahrenskostenhilfe im Feststellungsverfahren	101
6.1	Bedürftigkeit	101
6.2	Mutwilligkeit	102
6.3	Erfolgsaussicht	102
6.3.1	Rechtsverfolgung	102
6.3.2	Rechtsverteidigung	102
6.3.3	Beurteilungszeitpunkt	103
6.4	Anwaltsbeordnung	104
7.	Exkurs: postmortales Feststellungsverfahren früheren Rechts	105
8.	Begründetheit des Feststellungsbegehrens	107
8.1	Vaterschaftsnachweis	108
8.1.1	Beweisaufnahme	108
8.1.1.1	Vorheriger Erörterungstermin	109
8.1.1.2	Förmliche Beweisaufnahme	109
8.1.2	Beweisergebnis	110

	Seite
8.1.3	Feststellungslast 111
8.2	Hilfswise Vaterschaftsvermutung 111
8.2.1	Beiwohnung 111
8.2.2	Empfängniszeit 112
8.2.3	Keine schwerwiegenden Zweifel 113
8.3	Beweisvereitelung 116
8.3.1	Erwiesene Beiwohnung 116
8.3.2	Grundlose oder unberechtigte Verweigerung der Untersuchung . 116
8.3.3	Fristsetzung und Belehrung 117
8.3.4	Fehlende Durchsetzbarkeit der Untersuchung 117
8.3.5	Rechtsfolgen der Beweisvereitelung 118
9.	Wirkungen der gerichtlichen Vaterschaftsfeststellung 118

KAPITEL V

Anfechtung der Vaterschaft

1.	Verfahrensordnung und Übergangsregelung 121
2.	Allgemeine Verfahrensgrundsätze 122
3.	Verfahrensvoraussetzungen 123
3.1	Keine vorausgegangene Vaterschaftsfeststellung 123
3.2	Zuständigkeit 123
3.3	Rechtsschutzinteresse 123
3.4	Beteiligte des Anfechtungsverfahrens 124
3.4.1	Antragsteller 124
3.4.2	Beteiligte nach § 172 Abs. 1 FamFG 124
3.4.3	Verfahrensbeistand 125
3.4.4	Jugendamt 125
3.4.5	Weitere Beteiligte 126
3.4.6	Keine Beiladung mehr 126
3.5	Beteiligtenfähigkeit 127
3.6	Verfahrensfähigkeit 127
3.6.1	Minderjährige Kindeseltern 127
3.6.2	Minderjährige Kinder 128
3.7	Vertretung des Kindes 128
3.7.1	Vorfrage: Entscheidung über das „Ob“ der Anfechtung 128
3.7.2	Vertretung des Kindes im Verfahren 129
3.8	Antrag 133
3.9	Streitverkündung/Nebenintervention weggefallen 134
3.10	Antragsverbindung/Widerantrag 135
3.11	Kostenentscheidung 136
3.12	Verfahrenswert 137
3.13	Tod eines Beteiligten im laufenden Verfahren 137
3.14	Entscheidungsform 137
3.15	Rechtsmittel 137
3.16	Restitution 138

	Seite	
4.	Anfechtungsberechtigung	138
4.1	(Schein-)Vater	139
4.2	Mutter	140
4.3	Kind	141
4.4	Potentieller leiblicher Vater	142
4.4.1	Eidesstattliche Versicherung der Beiwohnung	143
4.4.2	Fehlende sozial-familiäre Beziehung	143
4.4.3	Vaterschaft des Anfechtenden	145
4.5	Anfechtungsberechtigte Behörde	145
4.5.1	Auf Anerkennung beruhende Vaterschaft	146
4.5.2	Fehlende sozial-familiäre Beziehung	146
4.5.3	Ausländerrechtlicher Vorteil für das Kind oder einen Elternteil ..	148
4.5.4	Indizierte Missbräuchlichkeit	149
4.5.5	Zuständige Behörde	149
4.5.6	Kind wird vaterlos	150
4.6	Keine weiteren Anfechtungsberechtigten	150
5.	Ausübung des Anfechtungsrechts	150
5.1	des Vaters, der Mutter und des potentiellen leiblichen Vaters	150
5.2	des Kindes	151
5.2.1	Entscheidungsbefugnis als Teil der Personensorge	152
5.2.2	Kein gesetzlicher Ausschluss der Vertretungsbefugnis	153
5.2.3	Entziehung der Vertretungsbefugnis	153
6.	Kindeswohlprüfung (§ 1600a Abs. 4 BGB)	155
7.	Verfahrenskostenhilfe im Anfechtungsverfahren	157
7.1	Bedürftigkeit	157
7.2	Mutwilligkeit	158
7.3	Erfolgsaussicht	159
7.3.1	Antragsteller des Anfechtungsverfahrens	159
7.3.2	Übrige Beteiligte	160
7.4	Anwaltsbeordnung	160
8.	Die postmortale Anfechtung bisherigen Rechts	161
9.	Schlüssigkeit der Anfechtung	163
9.1	Konkreter Anfangsverdacht	163
9.2	Private Vaterschaftstests	165
10.	Verwirkung/Verzicht	166
11.	Anfechtungsfrist	166
11.1	Vorbemerkungen	166
11.2	Frühestmöglicher Fristbeginn	169
11.3	Kenntnis von den gegen die Vaterschaft sprechenden Umständen	169
11.3.1	Geschäftsfähige Anfechtungsberechtigte	170
11.3.2	Volljährige geschäftsunfähige Anfechtungsberechtigte	171
11.3.3	Minderjährige Kindeseltern	172
11.3.4	Minderjährige Kinder	172
11.4	Einzelfragen zur Kenntnis des (Schein-)Vaters	174
11.4.1	Kenntnis von der Vaterschaft	174

	Seite	
11.4.2	Rechtsunkenntnis	174
11.4.3	Kein Geschlechtsverkehr in der Empfängniszeit	174
11.4.4	Zeugungsunfähigkeit	175
11.4.5	Äußere Merkmale des Kindes	175
11.4.6	Eingeständnis bzw. Kenntnis des Ehebruchs/Mehrverkehrs	175
11.4.7	Urlaubsreise der Kindesmutter	177
11.4.8	Umstände des Zustandekommens des Geschlechtsverkehrs/ Prostitution	177
11.4.9	Privatgutachten	178
11.5	Kenntnis der anfechtenden Mutter	178
11.6	Kenntnis des potentiellen leiblichen Vaters	178
11.7	Kenntnis der anfechtungsberechtigten Behörde	179
12.	Neubeginn des Fristenlaufs	180
12.1	Eintritt der Volljährigkeit	180
12.2	Wegfall der Geschäftsunfähigkeit	181
12.3	Unzumutbare Vaterschaft (§ 1600b Abs. 6 BGB)	181
13.	Hemmung der Frist (§ 1600b Abs. 5 BGB)	183
13.1	Einleitung eines Verfahrens nach § 1598a Abs. 2 BGB	183
13.2	Drohung	183
13.3	Höhere Gewalt	184
13.4	Nicht geschäftsfähige Anfechtungsberechtigte	186
14.	Fristwahrung durch gerichtliche Anfechtung	186
14.1	Rechtslage vor dem 1. 9. 2009	187
14.2	Rechtslage ab 1. 9. 2009	187
15.	Feststellung der Nichtvaterschaft	188
15.1	Vermutungswirkung des § 1600c Abs. 1 BGB	188
15.2	Ausschluss der Vermutung bei anfechtbarem Anerkenntnis (§ 1600c Abs. 2 BGB)	190
15.2.1	Irrtum	191
15.2.2	Täuschung	191
15.2.3	Drohung	192
15.2.4	Rechtsfolge der beseitigten Vermutungswirkung	192
16.	Beweislast/Feststellungslast	193
16.1	Für die Einhaltung der Anfechtungsfrist	193
16.2	Für das Fehlen einer sozial-familiären Beziehung	194
16.3	Für § 1600a Abs. 4 BGB	195
16.4	Für die Abstammung	195
17.	Wirkungen des Anfechtungsbeschlusses	195
17.1	Rechtskraftwirkung für und gegen jedermann	195
17.2	Kind wird vaterlos	195
17.3	Staatsangehörigkeit	196
17.4	Sorge- und Umgangsrecht	196
17.5	Unterhaltsanspruch des Kindes	196
17.6	Ansprüche aus §§ 812ff. BGB gegenüber dem Kind	197
17.7	Ansprüche gegen die Mutter	198

	Seite	
17.7.1	Erstattung des Unterhalts	198
17.7.2	Schadensersatz	198
17.8	Übergang des Unterhaltsanspruchs/Scheinvaterregress	198
17.8.1	Erstattung des gewährten Unterhalts	199
17.8.2	Erstattung der Kosten des Anfechtungsverfahrens	200
17.8.3	Feststellung des tatsächlichen Vaters	201
17.9	Erstattungsanspruch des Kindes gegen den Erzeuger	201
18.	Wirkungen bei Abweisung der Anfechtung	201

KAPITEL VI

Die statusneutrale Abstammungsklärung (§ 1598a BGB)

1.	Entscheidung des BVerfG als Regelungsauslöser	203
2.	Anspruchsvoraussetzungen	204
2.1	Anspruchsberechtigte	204
2.2	Kein Anspruch des potentiellen leiblichen Vaters	204
2.3	Anspruchsgegner	205
2.4	Unklarheit der Abstammung	205
2.4.1	Nur väterliche Abstammung?	205
2.4.2	Geklärte Abstammung	206
2.5	Anspruchsinhalt	206
2.5.1	Anspruch des Klärungsberechtigten	206
2.5.2	Geeignetheit zur Abstammungsklärung	206
2.5.3	Gegenanspruch des Klärungsverpflichteten	207
2.6	Verhältnis zur Anfechtung der Vaterschaft	208
3.	Verfahren zur Durchsetzung des Anspruchs	208

KAPITEL VII

Amtsermittlung

1.	Beweiserhebung	211
1.1	Förmliche Beweisaufnahme	211
1.2	Beweismittel	212
1.3	Ermittlungsumfang	214
2.	Beweisanträge	214
3.	Duldung von körperlichen Untersuchungen und Blutentnahmen	216
3.1	Umfang der Duldungspflicht	217
3.2	Gerichtliche Anordnung	217
3.3	Voraussetzungen	218
3.3.1	Sachlicher Anwendungsbereich	218
3.3.2	Persönlicher Anwendungsbereich	218
3.3.3	Erheblichkeit	218
3.3.4	Erforderlichkeit	219
3.3.5	Geeignetheit	219
3.3.6	Zumutbarkeit	220
3.3.7	Sonderfall: Exhumierung	221

	Seite	
3.4	Verweigerung der Untersuchung	222
3.5	Durchsetzung der Untersuchung	224
4.	Das Abstammungsgutachten	225
4.1	Blutgruppengutachten	225
4.2	DNA-Gutachten	226
4.2.1	PCR/STR-Methode	226
4.2.2	RFLP-Analyse	227
4.3	Ausschlusskonstellation	227
4.4	Statistisches Beweisverfahren	228
4.4.1	W-Wert	229
4.4.2	A-Wert	230
4.5	Keine Automatismen bei der Beweiswürdigung	231
4.6	Richtlinien und gesetzliche Vorgaben für die Erstattung von Abstammungsgutachten	232
4.6.1	Entwicklung der Richtlinien	232
4.6.2	Identitätssicherung und Probeentnahme	235
4.6.3	Untersuchungsmaterial	235
4.6.4	Gendiagnostikgesetz	236

KAPITEL VIII

Übergangsvorschriften zum Abstammungsrecht

1.	Vaterschaftszuordnung für vor dem 1. Juli 1998 geborene Kinder	239
2.	Anfechtung der Vaterschaft	241
2.1	Übergangsvorschrift des KindRG	241
2.2	Übergangsvorschrift für Anfechtung durch potentiellen leiblichen Vater	241
2.3	Übergangsvorschrift für Anfechtung durch anfechtungs- berechtigte Behörde	242
3.	Vaterwechsel nach § 1599 Abs. 2 BGB	242
4.	Besonderes Anfechtungsrecht des Art. 224 § 1 Abs. 4 EGBGB ..	242
5.	Verfahrensrechtliche Übergangsbestimmungen	243
5.1	des KindRG	243
5.2	des FGG-RG	243

KAPITEL IX

Internationales Privatrecht

1.	Abstammungsstatut	245
1.1	Geburt ab dem 1. Juli 1998	245
1.2	Geburt vor dem 1. Juli 1998	247
1.3	Geburt vor dem 1. September 1986	248
2.	Vaterschaftsanerkennung	249
3.	Vaterschaftsanfechtung	249

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Anhänge	
Anhang 1	Checkliste Vaterschaftsanerkennung 253
Anhang 2	Checkliste Vaterschaftsfeststellung 255
Anhang 3	Checkliste Vaterschaftsanfechtung 258
Anhang 4	Empfängniszeitabelle 262
Verzeichnis der verwendeten und weiterführenden Literatur 275	
Stichwortverzeichnis 281	